

Mareille Landau /
Reiner Wilhelm

Frühling im chilenischen Winter

Eine Einordnung der studentischen Proteste
sowie der Rolle der Medien in Chile

Gewalt statt Gespräch. Demo statt Dialog. Traute man den chilenischen Medien, hatten die Proteste der Studenten seit Mitte 2011 mit der Zeit bürgerkriegsähnliche Verhältnisse angenommen. Brennende Autowracks, Wasserwerfer, schwer bewaffnete Polizisten und gewalttätige Demonstranten. Die Medien in Chile malten die Studentenproteste in einem Bild der Zerstörung. Über die Forderungen der demonstrierenden Jugend schwiegen sich die großen Rundfunkstationen und Zeitungen allerdings weitgehend aus.

Sie sind viele und sie wollen etwas bewegen. Die Studenten in Chile brachten im April des vergangenen Jahres einen Stein ins Rollen, den die Regierung bis heute nicht zum Stillstand bringen konnte. Immer wieder kommt es auch ein Jahr später in der Hauptstadt Santiago zu Demonstrationen. Und auch wenn die Schüler und Studenten ihre Aktivitäten zur Zeit ein wenig heruntergefahren haben, ist ein Ende nicht in Sicht. Denn die Studierenden protestieren nicht einfach nur für eine bessere Zukunft – es geht um ihre Existenz. Längst hat die Bewegung die Grenze rein studentischer Proteste überschritten. Es geht um mehr als die Reformierung des Bildungssystems.

„Die Universität wird als Geschäft betrieben. Wer studieren kann, entscheidet der Geldbeutel“, fasste die damalige Studentenführerin Camila Vallejo die Problematik des Bildungswesens am Anfang des Jahres auf einer Protestkundgebung zusammen. Die Kommerzialisierung von Bildung fördere Klassenunterschiede und führe dazu, dass sich viele Chilenen hoch verschulden. Die Studiengebühren in dem südamerikanischen Land zählen zu den höchsten weltweit.

Die Forderung der Protestler: eine qualitativ hochwertige Bildung, an der alle Chilenen teilhaben können. Denn „Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht“, sagte die 23-jährige Vallejo. Im Bezug auf Bildung glauben 73 Prozent der Befragten einer umfassenden Studie des chilenischen Meinungsforschungsinstituts Encuesta Adimak von Mai 2012 zufolge, dass in den letzten zehn Jahren die Qualität in Chile gleich geblieben ist oder sich verschlechtert hat. 80 Prozent sind nicht damit einverstanden, dass die Universitäten und Schulen profitorientiert sind.

Mit ihren Forderungen haben die Studenten in Chile einen starken Rückhalt in der Gesellschaft. 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung stehen hinter ihnen oder äußern Sympathie für ihre Forderungen, so die Studie. Viele Bürger schlossen sich im vergangenen Jahr häufig spontan den Märschen durch die Straßen an. Die Hoffnung ist groß, dass die Demonstrationen Änderungen am System verursachen können.

Im Laufe der Zeit wurde der Themenkatalog durch aktuelle Konflikte erweitert: So kamen zur Hauptforderung nach kostenloser, guter und gerechter Bildung für alle die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, vor allem für junge Leute, und ein gerechteres Steuersystem zur besseren Verteilung des Wohlstands hinzu. Außerdem wenden sich die Protestierenden gegen die Ausbeutung von Naturressourcen und die Privatisierung des Gesundheitssystems. Die Regierung antwortet auf diese Forderungen bislang nur mit einer Ausweitung des Stipendienprogramms und einem Zinssatz von maximal sechs Prozent für Studienkredite. Daneben sind eine minimale Erhöhung des Mindestlohns wie auch eine zaghafte Steuerreform in der Diskussion. Das Geschäftsmodell der privaten Universitäten und Schulen steht jedoch nicht zur Debatte.

Mit diesem erweiterten Forderungskatalog wurde aus der studentisch motivierten Protestwelle schnell ein Aufstand der Bevölkerungsmehrheit. Es geht mittlerweile um einen umfassenden politischen Befreiungsschlag, auf den das Land ein Vierteljahrhundert nach Ende der Diktatur noch immer wartet. Denn auch wenn Chile seine Position als erstes lateinamerikanisches Mitglied der OECD wirtschaftlich verbessert hat und Statistiken bescheinigen, dass die Armutsrate gesenkt wurde, hat sich die Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung immer weiter vertieft.

„Man ist Bürger, indem man konsumiert“, sagte Jorge Murúa, ein Vertreter der Gewerkschaften, im Februar 2012 bei einer Protestkundgebung während einer Deutschlandreise in Dortmund. Für die vielen Chilenen, die am Rande der Armutsgrenze lebten, sei das ein wahres Dilemma. Denn der Mindestlohn sei auf umgerechnet 283 Euro festgelegt, erklärt Murúa. Wenn man davon die notwendigen Kosten einer dreiköpfigen Familie für Strom, Gas, Wasser, Gesundheit und Bildung abzieht, bleiben noch etwa 20 Cent übrig. Diese Situation führt dazu, dass die Menschen immer mehr auf Kosten von Krediten leben. Mehr als acht Millionen Chilenen seien hoch verschuldet, sagt Murúa.

Ein Grundproblem ist, dass den Bürgern durch die diktatorische Vergangenheit noch immer der Mut zur Partizipation an politischen Prozessen und zum Aufbegehren fehlt. Diese Mauer hat die Jugend

nun aber endgültig durchbrochen. „Wir sind die erste Generation, die die Diktatur nicht mehr miterlebt hat. Wir kennen keine Angst“, sagt Camila Vallejo. In dieser „Pseudo-Demokratie“, wie die Generalsekretärin der Kommunistischen Jugend, Karol Cariola, sie nennt, sei es dringend notwendig, soziale Kräfte zusammenzuführen. Die Menschen sollten wieder lernen, ihre Meinung zu äußern und ihre Stimme zu erheben. „Demokratie müssen wir alle mit unseren eigenen Händen erarbeiten“, sagt Cariola bei der Kundgebung in Dortmund.

Noch sind die Schüler und Studenten guten Mutes, dass sie mit ihren engagierten Protesten dieses Mal etwas bewegen werden. Doch schaut man in die Vergangenheit, schwindet der Optimismus schnell dahin. Schon 2006, zu Beginn der Regierung Michelle Bachelet, trauten sich Schüler gegen den bildungsfeindlichen Staat aufzubegehren. Bei der „Revolution der Pinguine“, wie sie in Anlehnung an die schwarz-weißen Schuluniformen der chilenischen Pennäler genannt wurde, gingen Tausende von Schülern auf die Barrikaden, um gegen eine Ankündigung des Bildungsministeriums zu protestieren, die Kosten für die Zulassungsprüfung zur Universität zu erhöhen und die Nutzung des Schülersausweises für öffentliche Transportmittel einzuschränken. Im Großen und Ganzen hatte die damalige Regierung die Proteste ausgesessen. Nach Außen hin feierte sie ein vages Papier mit Vorschlägen zur Verbesserung des Bildungssystems als Erfolg. Unter den Schülern herrschte großer Verdross.

Auch die Regierung Piñera versuchte zu Beginn der Studentenproteste die Angelegenheit herunter zu spielen und auszusetzen. Der Druck von der Straße nahm stetig zu. Gleichzeitig verschlechterten sich bereits wenige Monate nach der fulminanten Rettung der Bergleute die Popularitätswerte des Präsidenten unter ein für chilenische Verhältnisse bisher nie dagewesenes Niveau. Nachdem Piñera selber widerstrebend seine Ämter und Anteile bei Fluggesellschaft, Krankenhaus, Fußballclub und anderen Einrichtungen aufgegeben hatte, musste er zudem sein Kabinett innerhalb von 16 Monaten gleich dreimal umfassend wegen Interessenskonflikten seiner Amtsinhaber umbilden: Der glücklose Erziehungsminister, frühere Bürgermeister und Präsidentschaftskandidat der Rechten, Joaquín Lavín, war Mitbegründer und Eigner der privaten Universidad de Desarrollo (Entwicklungs-Universität). Sein Nachfolger, Felipe Bulnes, trat aus persönlichen Gründen, wohl wegen der Grenzen, die man ihm bei den Verhandlungen mit den Studentenvertretern gesetzt hatte, im Dezember 2011 zurück.

An der Situation des desolaten Bildungssystems hat sich damit seit den Schülerprotesten 2006 und auch durch die neu entstandenen

Aufstände nichts verändert. Noch immer sorgt das Schulsystem dafür, dass Tausenden Schülern der soziale Aufstieg verbaut ist.

Schuld daran ist unter anderem das Militärregime. An seinem letzten Amtstag, dem 10. März 1990, verabschiedete es das Bildungsgesetz *Ley Orgánica Constitucional de Educación*, in dem die Bildung in die Hände des freien Marktes übergeben und dadurch zur Ware wurde: Die Erziehung kann der Staat seitdem an Private delegieren. Jeder private Anbieter kann eine Schule eröffnen und von den Schülern Gebühren kassieren. Wer am meisten zahlt, bekommt das Beste. Der Staat sieht sich nur noch als „regulierende Einrichtung“. Wer es in Chile einmal zu etwas bringen wird, entscheidet damit hauptsächlich der Geldbeutel der Eltern – ein schwerwiegendes Problem, denn die Einkommen sind in Chile ähnlich ungerecht verteilt wie in anderen Ländern Lateinamerikas.

Wie es dazu kommen konnte, erklärt ein Blick in die Geschichte des Landes: Bis 1989 beherrschte Pinochet, der sich 1973 blutig an die Macht geputscht hatte, das Land totalitär. Im Mittelpunkt stand der Umbau der chilenischen Gesellschaft nach den Grundprinzipien des militärischen Ethos wie Ordnung, Gehorsam, Autorität und Stabilität. Um dies zu erreichen, schreckte die Regierung nicht vor massiven Verletzungen der Menschenrechte zurück. Das demokratische System wurde außer Kraft gesetzt und die Medien zensiert. Das Sozial- und Wirtschaftssystem orientierte sich am wirtschaftsliberalen Programm der Chicagoer Schule, nach dem die freie Marktwirtschaft das effizienteste Mittel der wirtschaftlichen Entfaltung ist. Unter diesen Annahmen setzte die Regierung weitreichende Deregulierungs- und Privatisierungsmaßnahmen durch. Eine Folge dieser Wirtschaftspolitik war die Verarmung großer Teile der Bevölkerung, während ein kleiner Teil der Gesellschaft vom chilenischen Wirtschaftsboom profitierte.

Der Finanzcrash von 1983 legte endgültig die Grenzen des neoliberalen Wachstumsmodells offen, woraufhin sich der Widerstand gegen das Regime trotz der weiterhin gewalttätigen Unterdrückung regte. Die Proteste schufen aber die Grundlage für die Formierung einer von der katholischen Kirche unterstützten demokratischen Opposition, die ein weites Spektrum von Christdemokraten bis hin zu Sozialisten umfasste. Die Proteste waren nicht ausreichend, um die Diktatur zu beenden, ebneten aber den Weg für das Plebiszit 1988, das für Pinochet und die Rechte überraschend mit 55 Prozent gegen die Diktatur ausging. 1989 gewann die *Concertación*, der Zusammenschluss demokratischer Parteien, die Wahlen. Mit Patricio Aylwin wurde ein Christdemokrat erster Präsident nach der Diktatur.

Die 1980 durch ein dubioses Referendum durchgesetzte Verfassung, aber auch Gesetze und Personalentscheidungen aus dem letzten Jahr der Regierung Pinochet, konfrontierten die demokratische Regierung mit großen Herausforderungen: So wurde der Oberste Gerichtshof mit Sympathisanten des Diktators besetzt, die Oberkommandierenden der Streitkräfte blieben im Amt und konnten vom Präsidenten nicht abgesetzt werden. Die Militärs behielten viele Sonderrechte und waren nur bedingt der zivilen Gewalt untergeordnet. Ein nationaler Sicherheitsrat befand über Fragen der äußeren und inneren Sicherheit. Viele Gesetze bedurften einer besonderen Mehrheit, um die neoliberalen wirtschafts- und soziopolitischen Veränderungen langfristig abzusichern. Trotz der hohen Hürden in Hinblick auf die erforderlichen Mehrheiten konnte die Verfassung seit 1990 insgesamt 24 Mal reformiert werden. Die umfassendste Reform erreichte Präsident Lagos 2005, in der ein Großteil der autoritären Elemente sowie die ernannten Senatoren aus der Verfassung getilgt wurden. Nicht reformiert werden konnte die Wahlgesetzgebung, die die rechten Parteien bevorzugt und kleinere Gruppierungen vom politischen Geschehen ausschließt. So werden Abgeordnete und Senatoren in Chile nach Parteilisten in Zweipersonenwahlkreisen gewählt. Nur wenn die stärkste Parteiliste im Wahlkreis doppelt so viele Stimmen erhält wie die zweitstärkste Liste, bekommt sie zwei Mandate. Das bedeutet, dass in der Mehrzahl der Wahlkreise die beiden stärksten Listen jeweils ein Mandat erhalten, was eindeutig die zweitstärkste Kraft bevorteilt.

Die Regierungen der Concertación knüpften notgedrungen an die neoliberale Wirtschaftspolitik an. Dank eines Wirtschaftswachstums von jährlich sieben Prozent, das insbesondere der hohen Rohstoffpreise und einer geschickten Wirtschaftspolitik geschuldet war, sorgten steigende Reallöhne und die Erhöhung der Sozialausgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit, soziale Vorsorge und Wohnungsbau für spürbare Entlastung. Dennoch blieben viele Probleme ungelöst, wie die Reform des Bildungssystems. Zum Erbe der Diktatur zählt auch das gestörte Verhältnis vieler Chilenen zur öffentlichen Meinung. Die Militärdiktatur setzte konsequent das Monopol auf politische Äußerungen durch und verhinderte eine Partizipation. Aus dieser Situation heraus, in Verbindung mit der zentralisierten Struktur in Wirtschaft und Politik, lässt sich die Medienlandschaft Chiles erklären.

Seit der Militärdiktatur entwickelte sich das chilenische Presse- und Rundfunksystem in einem ausschließlich privatwirtschaftlich strukturierten Rahmen. Die Konzentration in den Händen von profit-orientierten Unternehmen unter der Leitung einiger weniger Familien setzte sich auch nach der Demokratisierung fort. So bestimmen heute

zwei große Medienunternehmen, Copeza und Mercurio, den chilenischen Zeitungsmarkt. Beide haben die Pinochet-Diktatur gestützt. Unter dem Militärregime, das die oppositionellen Medien verbot und verfolgte, war der Mercurio über weite Strecken Sprachrohr der Diktatur. Wie bereits in der Wirtschaft kam es zu einem Konzentrationsprozess der Massenmedien bis hin zur Dominanz des konservativen Mercurio-Konzerns. Dabei ist der Konzern auch an anderen Wirtschaftszweigen beteiligt: So hat die Edwards Familie, Eigentümerin der Mercurio-Kette, Beteiligungen an mehr als 60 Unternehmen und hält 20 Prozent des sozialen Kapitals des Landes. Dabei ging ihre wirtschaftliche Macht im Laufe der Jahre in politischen Einfluss über. Ihr Konkurrent Copeza, ein Unternehmen der Brüder Reeds Peak, ist reich geworden mit Banken, Investmentfonds und einer Supermarktkette.

Auch die drei großen nationalen Fernsehsender sind überwiegend in der Hand von Familien, denen neben Banken und Investmentfonds auch Warenhausketten oder Bergbaugesellschaften gehören. Über lange Jahre hatte die katholische Kirche durch die Katholische Universität von Chile (Kanal 13) und die Katholische Universität von Valparaiso (Kanal 5) einen Fuß in der Medienlandschaft. Die Kirche verkaufte 2010 zwei Drittel ihrer Anteile an Kanal 13, weil sie ihn finanziell nicht mehr tragen konnte, an die Luczic-Gruppe, einem gigantischen Wirtschaftsunternehmen, das neben Beteiligungen an der Nahrungsmittelindustrie auch im Bergbau tätig ist.

Im Hörfunk sieht die Lage ähnlich aus: 60 Prozent aller Radiofrequenzen in Chile werden von der spanischen Prisa-Gruppe gehalten, etliche andere Frequenzen von der Copeza-Gruppe. Nur vier Prozent der Frequenzen sind für kleine Radiostationen vorgesehen, den sogenannten Radios mittlerer Reichweite. Einzig durch diese lokalen Community-Radios hat die Bevölkerung die Möglichkeit an politisch und wirtschaftlich unabhängige Informationen zu gelangen. Zu Wort kommen hier all diejenigen, für die es im profitorientierten Markt keine Möglichkeit einer freien Meinungsäußerung gibt.

Die Medien des heutigen Chile zeichnen sich durch eine zunehmende Kommerzialisierung und inhaltliche Entpolitisierung aus. Sie sind durch eine starke Zentralisierung gekennzeichnet, die sowohl politisch, wirtschaftlich als auch territorial gefestigt ist. Zudem sind sie von einer starken ideologischen Komponente geprägt. Unternehmen haben damit einen enormen Einfluss auf die Medien und bestimmen ihre inhaltliche Linie.

Dem demokratischen Grundsatz der freien Meinungsäußerung kommt der chilenische Staat bislang nur unzureichend nach. Die Meinungsfreiheit bleibt eingeschränkt, obwohl Restriktionen aus der

Pinochet Diktatur zurückgenommen worden sind. Es ist eben diese Entwicklung, die zur Folge hat, dass bis heute eine Selbstzensur besteht, die einen Pluralismus in den Medien behindert. Viele Chilenen haben Angst vor Repressalien, wenn sie zu sehr an sozialen Konflikten partizipieren.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Medien in Chile in Bezug auf die Darstellung der Studentenproteste voreingenommen gehandelt haben und immer noch handeln. Das ist nicht nur der Vorwurf vieler Demonstranten. Der chilenische Verband der Nichtregierungsorganisationen hat bereits im Juni 2011 beim nationalen Fernsehrat Klage gegen Kanal 13 eingereicht. Laut dem chilenischen Magazin „Publímetro“ wirft er dem Sender vor, „die sozialen Bewegungen zu kriminalisieren“ und hält die Berichterstattung für „eine ernsthafte Verzerrung, die Pluralismus, Demokratie und sozialen Frieden untergräbt“. Zudem werden Beamte des Bildungsministeriums beschuldigt, Bilder zu unterschlagen, die die Gewalt der Polizei gegen Demonstranten zeigen.

Während internationale Medien wie „El País“ in Spanien und die „New York Times“ die Studentendemonstrationen im Hinblick auf ihre Forderungen analysieren und sie sogar mit dem „Arabischen Frühling“ vergleichen, wird das Verhalten der Studenten in den meisten chilenischen Medien kritisiert und verfälscht dargestellt, ohne auf die Inhalte der Protestierenden einzugehen. Auch die Zahl der Teilnehmer wurde durch die nationalen Medien manipuliert. Vielfach wurde sogar vermieden, überhaupt über die Demonstrationen zu berichten: Eine riesige chilenische Flagge mit dem Slogan „Ausbildung: frei, würdig, frei“ wurde während des Spiels zwischen den Fußball-Nationalmannschaften von Chile und Mexiko ausgerollt. Bei den offiziellen Übertragungen der chilenischen TV-Sender wurde diese Flagge jedoch ausgeblendet.

Auch politisch versucht die Regierung Piñera nach wie vor gegen die aufbegehrende Schüler- und Studentenmasse vorzugehen. Die wenigen Ausschreitungen während der vielen friedlichen Demonstrationen hat sie dazu genutzt, einen neuen Gesetzesvorschlag hervorzuholen, der ins Hintertreffen geraten war – das sogenannte Ley Hinzpeter. Das nach dem Innenminister Rodrigo Hinzpeter benannte Gesetz sieht vor, die Organisatoren von Demonstrationen künftig für Ausschreitungen haftbar zu machen. Auch die Besetzung von Schulen, Universitäten oder Regierungsgebäuden stände demnach unter hohen Strafen. Das Gesetz gibt der Polizei, die bereits jetzt schon brutal gegen Demonstrationen und soziale Proteste vorgeht, große Machtbefugnisse. Medien wären verpflichtet, während der Demonstrationen gemachte Fotos herauszugeben.

Dieses neue Gesetz ist ein weiteres Mosaikteil im Bild der repressiven Staatsmacht, um soziale Bewegungen zu unterdrücken. Es steht in einer Linie mit Gesetzen aus der Pinochet-Ära, wie dem Anti-Terror-Gesetz, das in Chile gegenüber den Mapuche teilweise immer noch Anwendung findet. Doch trotz Medienblockade und Kriminalisierung der Proteste durch die konservativen Medien und die Regierung, fanden die Studenten, ähnlich wie beim „Arabischen Frühling“, andere Wege, um auf ihre Motive und Forderungen aufmerksam zu machen. In Santiago de Chile gab es zahlreiche „Flashmobs für Bildung“, bei denen hunderte Menschen eine Choreographie von Lady Gaga tanzten. Studierende führten vor dem Präsidentenpalast das Lied „Thriller“ von Michael Jackson auf, veranstalteten eine Wasserschlacht, einen Massen-Kuss-Marathon oder inszenierten mit ihren Handtüchern auf der Plaza de Armas einen Badestrand.

Dass die Studentenproteste 2011 in Chile durch den arabischen Frühling beeinflusst wurden, lässt sich nicht von der Hand weisen. Auf die Frage eines Journalisten über den fast gleichzeitigen und plötzlichen Ausbruch der Proteste weltweit antwortete Camila Vallejo im Februar 2012, dass dies keine Überraschung gewesen sei: „Das hat sich über viele Jahre angestaut, und jetzt findet es ein Ventil.“ Was die weltweiten Proteste eine, sei letztlich „das Recht auf Freiheit, auf Bildung, auf Gesundheit, auf Arbeit und auf faire Entlohnung“, sagte Vallejo. Dass weltweit verschiedene Bewegungen gleichzeitig stattfinden konnten und überregional solche Ausmaße fanden, liegt maßgeblich an neuen Kommunikationswegen wie Twitter oder Facebook. Diese neuen Kanäle waren wesentlich verantwortlich für die Weitergabe und Koordinierung der Proteste.

Ähnlich wie der arabische Frühling haben die Studenten in Chile mit ihren Protesten das Zentrum des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems getroffen, das die Pinochet-Diktatur geschaffen und hinterlassen hat. Von ihm profitieren bis heute etwa 100 Familien, während circa 17 Millionen Menschen ausgeschlossen sind. Mit der Forderung einer für alle kostenlosen und qualitativ hochwertigen Bildung machen die Schüler und Studenten auf die ungleiche Verteilung der Mittel und Chancen, die Überschuldung eines Großteils der Chilenen und die Undurchlässigkeit der sozialen Klassen aufmerksam. Außerdem fordern sie die Beteiligung am politischen Geschehen und damit Demokratie.

Der Konflikt lässt sich letztlich nur mittels einer umfassenden Verfassungsänderung lösen, an der bislang weder die Regierung Piñera, noch die konservativen Gruppen ein Interesse haben. Was letztlich bleibt, ist der Protest.